Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **BV 18/3474**

Fachbereich	Datum
Fachbereich 5 - Bürgerdienste, Ordnung und Verkehr	23.08.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Fachbereichsausschuss 3	05.09.2018	Ö

Beteiligte Ämter	einverstanden	Datum
Fachbereich 2 - Finanzen Fachbereich 4 - Bauen, natürliche Lebensgrundlagen und Eigenbetrieb WBL	ja / nein ja / nein	

Parkraumbewirtschaftung

Sachverhalt:

Der Stadtrat hat eine räumliche Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung beschlossen. In Niederlahnstein soll zusätzlich zu den bis dato bewirtschafteten Stellplätzen der Marktplatz bewirtschaftet werden. In Oberlahnstein werden der gesamte Alleering – d.h. Westallee auf beiden Straßenseiten, Südallee, Ostallee und Nordallee -, sowie die Parkplätze am Rheinufer – an der „Rheinkrone“, am KD-Anleger und am Martinschloss in die Bewirtschaftung einbezogen.

Dabei haben die Parkplätze am Rhein eine Sonderstellung: Sie sind Langzeitparkplätze für Menschen, die in Lahnstein arbeiten, (Berufs-) Schülerinnen und Schüler und Tagesgäste, die einen Stellplatz für den ganzen Tag benötigen; für diese kostet ein Tagesticket 2,00 €.

Bei allen übrigen gebührenpflichtigen Parkplätzen kostet die erste Stunde 1,00 €, jede weitere Stunde 1,00 €. Die Mindestgebühr beträgt 0,40 €. Orientiert an den örtlichen Bedarfen beträgt die maximale Parkzeit im Bereich des Krankenhauses – entsprechend dem dort bereits bewirtschafteten Teilstück der Ostallee – sowie auf dem Marktplatz 4 Stunden, überall sonst 2 Stunden. Mit der sogenannten „Brötchentaste“ ist das Parken für Kurzzeitparker bis maximal 20 Minuten frei.

Als Startdatum für die Parkraumbewirtschaftung wurde im Hinblick auf die Dauer der Beschaffung und Einrichtung der Geräte sowie auf die Vorbereitung der Aufstellorte in Zusammenarbeit mit der SYNA der 01.10.2018 vorgesehen; Anwohnerparkausweise können ab dem 01.09.2018 beim Fachbereich 5 – Bürgerdienste, Ordnung und Verkehr beantragt werden.

Inhalt des beschlossenen Konzepts für die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung ist, dass genau wie in den bislang bewirtschafteten Bereichen dem Bedarf der Anwohnerinnen und Anwohnern mit Erstwohnsitz in Lahnstein, die nicht über einen privaten Parkplatz verfügen, an wohnungsnahen Stellplätzen mit dem Angebot eines Anwohnerparkausweises begegnet wird. Dieser berechtigt zum Parken in den bewirtschafteten Bereichen. Es wird davon ausgegangen und wurde bereits in der Kalkulation der mit der Parkraumbewirtschaftung erzielbaren Einnahmen berücksichtigt, dass rund 20 % der bewirtschafteten Stellplätze von Parkenden mit Anwohnerparkschein genutzt werden wird.

Entgegen dem ursprünglichen vorgestellten Konzept für die Erweiterung sollen außer den bewirtschafteten Straßenzügen **keine weiteren Straßen in das Anwohnerparken einbezogen** werden. Damit sollen in Mittelstraße, Wilhelmstraße, Gymnasialstraße, Schulstraße und Stauffenbergstraße und den von Hintermauergasse und Bürgermeister-Müller-Straße umschlossenen Gassen Anwohnerparkplätze **nicht** ausgewiesen werden.

Es bleibt indessen dabei, dass der Innenstadtbereich von Niederlahnstein als einheitliche Parkzone A gefasst wird und dass der Innenstadtbereich von Oberlahnstein in eine nördliche Parkzone B und eine südliche Parkzone C aufgeteilt wird. Die Parkzone B reicht von der Nordallee bis zur Frühmesserstraße/Kirchstraße; die Parkzone C schließt sich südlich an und reicht bis zur Südallee. Die Dreiteilung des Stadtgebiets in Nord-Süd-Richtung soll bewirken, dass Anwohnerparkausweise nicht für Erledigungsfahrten in andere Stadtteile zweckentfremdet werden und Kurzstreckenfahrten verstärkt zu Fuß, mit dem Rad oder dem Bus vorgenommen werden.

Die gebührenpflichtigen Langzeitparkplätze am Rhein sind nicht in das Anwohnerparken einbezogen.

Dem Ausschuss wird hiermit in die Begrenzung des Anwohnerparkens - entsprechend der in den schon bisher bewirtschafteten Bereichen geltenden Regelung – auf die vorgenannten neuen sowie die bisher schon bewirtschafteten Straßen und Plätze vorgeschlagen. Hintergrund ist das Ansinnen, die Bewirtschaftung für Bürger wie Gäste der Stadt so einfach wie möglich und ausgerichtet an dem schon bekannten System zu halten. Hintergrund ist aber auch das Bestreben, möglichst viele Parkplätze für verschiedene Nutzergruppen frei verfügbar zu halten, also auch für die in der Stadt Lahnstein Beschäftigten, für Schülerinnen und Schüler und für Gäste.

Bei der dem Verwaltungsvorschlag zugrundeliegenden Abwägung spielt als ganz erheblicher Aspekt eine Rolle, dass die Stadt Lahnstein weiterhin ein starker Wirtschafts-, vor allem und namentlich aber auch Gesundheits- und Bildungsstandort sein soll. Während der Konzeption der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung

haben neben anderen die Beschäftigten des Krankenhauses sowie die Schülerinnen und Schüler der BBS Bedenken erhoben, die im Rahmen der Konzeption und Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung durchaus zu berücksichtigen waren.

Aufgrund der Wohnorte der hier Beschäftigten und insbesondere der Lernenden an der BBS im ländlichen Raum nicht nur im Rhein-Lahn-Kreis und der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadt, sondern aus dem gesamten nördlichen Rheinland-Pfalz, die nur schlecht oder gar nicht an den ÖPNV angebunden sind, ist ein Großteil der Berufs- und Ausbildungspendler nach wie vor auf das Auto und damit auf Stellplätze im Stadtgebiet angewiesen; dadurch dass die Lernenden an der BBS nachweislich sehr verschiedenen Orten anreisen, ist auch die Möglichkeit von Fahrgemeinschaften nur höchst beschränkt vorhanden. In der Folge reichen die für Langzeitparker vorgesehenen drei Parkplätze am Rhein nicht aus.

Im Hinblick auf die angestrebte Privilegierung der Anwohner der bewirtschafteten Bereiche, denen hiermit die Möglichkeit wohnortnahen Parkens erhalten werden soll, im Hinblick auf einhellig negative Erfahrung und Bewertung in anderen Städten und Gemeinden, die Beschäftigtenausweise zeitweise eingeführt oder zumindest erwogen hatten, sowie im Hinblick auf diesbezüglich vorhandene Rechtsprechung soll auf Vorschlag der Verwaltung gleichwohl auf die von ihr geprüfte Möglichkeit, Parkausweise auch für im Stadtgebiet Beschäftigte oder Lernende verzichtet werden.

Beschäftigtenausweise und Schülersausweise würden deren Inhaber berechtigen, im Bereich der Parkraumbewirtschaftung zu parken, ohne ein Ticket zu ziehen; preislich müssten sich Beschäftigtenausweise an den Anwohnerparkausweisen orientieren (100,00 €/Jahr); Schülersausweise müssten mit Rücksicht auf den Schulstandort und auf die soziale Situation der Lernenden deutlich darunter liegen. Aufgrund der Unterrichtszeiten der in der BBS angebotenen Ausbildungsgänge würden Jahresausweise jedoch an dem Bedarf eines Großteils der dort Lernenden, die nämlich zu einem Teil nur für ein oder zwei Tage in der Woche und zu einem anderen Teil zum Blockunterricht für wenige Wochen in die Schule kommen, vorbeigehen.

Die Ausstellung von Parkausweisen für Beschäftigte und Lernende hätte zur Folge, dass die verkehrssteuernde Wirkung der Parkraumbewirtschaftung in den bewirtschafteten Bereichen, die erreichen soll, dass dort nur unmittelbare Anwohner – diese auch länger - und ansonsten nur kurzzeitige Nutzer parken, letztendlich aufgehoben würde. Es liegt auf der Hand, dass dann, wenn neben den Anwohnern auch andere Gruppen zu dauerhaftem ganztägigem Parken berechtigt sind, es auch im Bereich der Bewirtschaftung kaum ein Fahrzeug zwischendurch wegfährt und es somit keine freien Parkplätze mehr gibt. Die Ausstellung von Parkausweisen stünde auch dem weiteren verkehrslenkenden und umweltpolitischen Zweck der Parkraumbewirtschaftung entgegen, dass der Teil der Berufspendler nach Lahnstein, der gegenwärtig mit dem Auto kommt, obwohl er den Arbeitsplatz zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV, aber auch in Fahrgemeinschaften erreichen kann, „umsteigt“ und somit der motorisierte Individualverkehr und damit der Parkraumbedarf im Stadtgebiet reduziert wird.

Diese verkehrssteuernden Wirkungen der Parkraumbewirtschaftung sind aber rechtliche Voraussetzung für ihre rechtliche Zulässigkeit. Allein, um Einnahmen zu generieren, darf nach einschlägiger verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung keine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden.

Im Rahmen der nach einem Jahr zu erfolgenden Evaluierung wird gleichwohl nicht nur geprüft werden, ob unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssteuerung die Parkraumbewirtschaftung erweitert werden sollte oder muss, sondern auch, ob entgegen vorstehenden Erwägungen doch Anwohnerparken in benachbarten Straßen eingerichtet werden sollte oder muss, um eventuell beobachtete Verdrängungseffekte zu beseitigen; genauso gehört zu einer Evaluierung die Prüfung, ob umgekehrt die bewirtschafteten Bereiche wieder reduziert werden sollen oder können.

Beschlussvorschlag:

1. Zusätzliche Bereiche für das Anwohnerparken werden nicht eingerichtet. Das Anwohnerparken wird damit auf die bewirtschafteten Straßen und Plätze – entsprechend der bisherigen Praxis - begrenzt.
2. Auf die Einführung von Parkausweisen für Beschäftigte und Lernende im Stadtgebiet von Lahnstein wird verzichtet.
3. Die Parktarife werden wie folgt festgelegt:

Pro Stunde:	1,00 €
Mindestgebühr:	0,40 €
Kurzzeitparken bis 20 min („Brötchentaste“)	0,00 €
Tagestarif an Parkplätzen am Rhein:	2,00 €

Anlagen:

(Peter Labonte)
Oberbürgermeister